

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

1.3.1932 (No. 51)

Redaktion:
Karlsruher
Zeitung
No. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
No. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
G. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen inoffizieller Rabatt, der als Postersabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Berücksichtigung des Winkels der Anzeigen berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Anzeigenerstellung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Knappheit, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Begünstigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je für 25. auf Monatsbasis erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Sonderausgabenblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Sie Hindenburg!

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:
Wer die politischen Verhältnisse Deutschlands kennt und deren Entwicklung namentlich in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, wer wahrhaft national gefinnt und ein wirklicher Freund des Volkes ist, wer weiter in die Zukunft schaut und sich einen Überblick über die schweren Aufgaben zu schaffen versucht hat, an deren Lösung Deutschland zu arbeiten hat, der kann bei objektiver Prüfung seiner Stellungnahme zur Frage der Reichspräsidentenwahl nur zu einem Standpunkt kommen, daß es eine politische Unmöglichkeit ist, diese Frage zu einer einseitigen Parteilösung zu führen. Nur ein Reichspräsident, dessen Überparteilichkeit anerkannt und dessen Autorität im ganzen Volke unbestritten ist, kann in engster Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierung die schweren Probleme zu meistern versuchen, welche Gegenwart und Zukunft dem deutschen Volke auferlegen.

Reichsminister Dr. Brüning hat in seiner Rede vor den Vertretern der Parteien im Reichstag ein Bild über unsere außenpolitische Lage gezeichnet, das in den dunkelsten Farben gehalten war. Ein Land nach dem andern schließt sich von Deutschland ab durch Zollschranken, die Zukunft der Reparationsfrage ist noch ungeklärt, die Abrüstungskonferenz befindet sich in der Gefahr, durch die Tätigkeit der politischen Ausschüsse in das französische Fahrwasser zu gelangen, die Litauer dürfen sich erdreisten, das Memelstatut zu verletzen, im Fernen Osten entbrennt ein Krieg, von dem noch niemand sagen kann, welche weltpolitischen Folgen daraus entstehen. Reparationsprobleme, Abrüstungsfrage, Sorge um das unter fremder Herrschaft stehende Deutschland, Erschwerung des Außenhandels, alles das sind Dinge, die die Interessen des deutschen Volkes so tief berühren, daß für die Bewältigung jeder einzelnen dieser Fragen die Bildung einer geschlossenen Front der Heimat eine unabwendbare Notwendigkeit wäre.

Auf keinen Fall aber werden wir das deutsche Interesse wahren, wenn wir in diesem historischen Augenblicke einer Zusammenballung außenpolitischer Schwierigkeiten und Gefahren uns in innerpolitischen Kämpfen und einen sich immer mehr vertiefenden Bruderkampf erschöpfen. Der Weltkrieg hat mit dem Versailler Diktat nur einen formalen, vorläufigen Abschluß gefunden. Er ist mit den Mitteln der Diplomatie, der Wirtschaft und der Finanzen fortgesetzt worden. Jetzt stehen die eigentlichen Friedensverhandlungen um die Gleichberechtigung Deutschlands mit den andern Mächten in der Abrüstungsfrage, um die Befreiung von den Tributlasten bevor. Gleichzeitig ist auf einem Teilgebiet der Kampf um die Erhaltung des deutschen Volkstums entbrannt.

Sollen wir der Welt das Schauspiel bieten, daß der Deutsche wieder einmal, wie schon so oft in der Geschichte, innere Kämpfe ausficht, wo alles geschlossen nach außen zusammenhalten müßte?

Wer Kandidaten werden am 13. März um die höchste Würde des Reichs ringen. Der Kommunistenführer Thälmann kann bei einer politischen Betrachtung der Reichspräsidentenwahl aus dem Spiel gelassen werden. Für eine Wahl kommt er nicht in Betracht. Die Stimmengabe, die er auf sich vereinigen wird, kann lediglich ein Fingerzeig dafür geben, wie weit der Volkswille in Deutschland bereits Fuß gefaßt hat.

Die Kandidatur Brüning ist eine Fälschung. Ihre politische Bedeutung besteht im wesentlichen darin, daß ihre Aufstellung die inneren Gegensätze der sogenannten Garzburger Front nach außen hin hat in die Erscheinung treten lassen.

Ernsthafte Kandidaten sind nur Hitler und Hindenburg. Die Kandidatur Hitlers ist, das wird auch von nationalsozialistischer Seite nicht bestritten, eine reine Parteikandidatur. Ihr Sieg würde den schwersten inneren Kampf entfesseln, den wir gerade jetzt unter keinen Umständen brauchen können.

Ist aber die Kandidatur Hindenburg geeignet, das Volk zusammenzuführen im Kampf nach außen? Auf diese Frage gibt die kaum hinter uns liegende 4tägige Reichstagsdebatte eine bejahende Antwort. Die Behauptung der Opposition, daß die Kandidatur Hindenburgs nur eine Folge der Marzisten und des Zentrums sei, ist ein Argument für die Agitation, das in allen möglichen Abwandlungen vorgebracht wird, bis zu der Geschmacklosigkeit: „Hindenburg der Kandidat Crispiens“.

Rundgebungen für Hindenburg

Der Evang. Volksdienst in Baden für Hindenburg

In Karlsruhe war der Landesvorstand des Evangelischen Volksdienstes versammelt. Er faßte folgende Entschliessung: „Nach eingehendem Bericht des Reichstagsabgeordneten Dr. Ing. Schmecher (Wannheim) spricht der badische Landesvorstand des Volksdienstes der Reichstagsaktion sein volles Vertrauen und seinen Dank aus für das unbereite Festhalten an der grundsätzlichen Politik des Volksdienstes anlässlich der letzten Verhandlungen und Abstimmungen im Reichstag.“

Der Landesvorstand begrüßt das Eintreten der Fraktion für eine tatkräftige Siedlungspolitik und den Einsatz für die Wiederwahl unseres Reichsoberhauptes von Hindenburg, indem er sich einmütig zur Verantwortlichkeit und politischen Wieder-aufbauarbeit bekennt.“

Wahlaufruf der „Eisernen Front“

Die Reichstagsaktion der „Eisernen Front“ veröffentlicht unter der Parole „Wir schlagen Hitler“ einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt:

„Alle Mitglieder der „Eisernen Front“ gehen in diesem Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.“

Die politische Führung der „Eisernen Front“ hat das Ziel bestimmt. Weder ein Hitler noch ein Brüning darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalttäter, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verfaßt, darum will man ihn vom Blatte heben. Der Weg zu Verfassungsbruch soll frei gemacht werden.

Hindenburg ist nicht ein Mann der „Eisernen Front“, aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Darum entscheidet sich die „Eiserne Front“ für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.“

Aufrufe katholischer Verbände

Der Reichsführer der deutschen Hindenburg-Bünde und der Reichsjugendauschuss der Deutschen Zentrumspartei erlassen einen Wahlaufruf für Hindenburg, in dem es u. a. heißt: „In dem wilden Taumel der letzten Monate war uns Reichspräsident von Hindenburg der Fels nationaler Sicherheit und Festigkeit, auf den wir mit Vertrauen und Zuversicht schauen. Mit Hindenburg verbindet uns der Glaube an die deutsche Selbstbehauptung und an die Freiheit der Nation. Wir glauben an Deutschland, und wir wählen daher den Führer der deutschen Nation, wir wählen Hindenburg.“

Dr. von Raumer für Hindenburg

EW. Berlin, 1. März. (Priv.-Tel.) Im Zusammenhang mit den Austrittserklärungen von Berliner Mitgliedern der Deutschen Volkspartei ist auch der Name des Reichsministers a. D. Dr. v. Raumer genannt worden. Dr. v. Raumer bittet nun mitzuteilen, daß es zwar zutrifft, daß er sich aus den Listen der Partei habe streichen lassen, aber mit der Begründung, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen wolle. Das habe nichts mit der Aktion des Stadtverordneten Falz zu tun, im Gegenteil trete Dr. v. Raumer mit allen Kräften für die Kandidatur Hindenburgs ein.

Der Namenschild der „Emden“. Der britische Botschafter teilte dem Reichsminister die Absicht der australischen Regierung mit, das Namenschild des im Kriege untergegangenen Kreuzers „Emden“ als Anerkennung der ritterlichen Haltung der „Emden“-Besatzung zurückzugeben.

wie sie der Abgeordnete Rosenburg als Thema für eine öffentliche Versammlung gewählt hat.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Für Hindenburg treten im Reichstag ein die Landvolkpartei und die Deutsche Volkspartei, die beide in Opposition zur Regierung stehen. Für Hindenburg treten ein die Volkskonferantiven und die Wirtschaftspartei. Für Hindenburg treten ein zahlreiche Persönlichkeiten, die bis vor kurzem eine führende Stellung in der Partei Hugenburgs inne hatten.

Diese parteimäßigen Feststellungen geben aber noch kein vollkommenes Bild; es wäre ein leichtes, Tausende und aber Tausende von Persönlichkeiten aus dem kulturellen, wirtschaftlichen und religiösen Leben Deutschlands aufzuzählen, die über dem Verdacht stehen, die Interessen einer „schwarzroten Koalition“ unterstützen zu wollen und doch mit aller Kraft die Wiederwahl Hindenburgs anstreben, in der Erkenntnis der unabwendbaren Tatsache, daß eine einseitige Parteilösung bei der Präsidentenwahl neue Gefahren schwerster Art für das innen- und außenpolitische Leben in Deutschland heraufbeschwören muß.

Hindenburgs Kandidatur ist eine Volkskandidatur im besten Sinne des Wortes. Keine Partei kann Hindenburg für sich in Anspruch nehmen. Er gehört dem ganzen Volk, er dient nur seinem Vaterlande und keiner Partei.

Das deutsche Volk steht vor einer schicksalsschweren Entscheidung. Hindenburgs Wiederwahl würde — das ist gewiß — die einzige Möglichkeit sein, das deutsche Volk

*Waffenstillstand in Ostasien?

Völlig überraschend für die große Öffentlichkeit kommt die Mitteilung von einer Waffenstillstandskonferenz in Shanghai und von einer neuen Sitzung des Völkerbundsrats, die ihrer ganzen Tagesordnung nach einzig und allein dem Ziele diente, nunmehr endlich die Feindseligkeiten im Fernen Osten beizulegen.

Japan ist es gewesen, welches sich — zum Teil auf englische Vermittlung hin — plötzlich zu Verhandlungen bereit zeigte. Die Chinesen als die Angegriffenen waren ja von vornherein dazu bereit. Was hat nun dieses japanische Einlenken verursacht? Die dringenden Mahnungen des Völkerbunds waren bestimmt nicht die Ursache. Und irgendwelche Erwägungen moralischer Natur haben sicherlich auch nicht mitgesprochen. Es muß ein harter Zwang von Tatsachen gewesen sein, der in Japan die Neigung zu friedlichen Unterhandlungen verstärkte.

Man kann sich ungefähr denken, welche Tatsachen dies sind. Zunächst das entscheidende Faktum: der zähe und bis jetzt durchaus siegreiche Widerstand der Chinesen in Shanghai. Würde es den Japanern gelungen sein, die Chinesen bei Shanghai zu schlagen und aus dem dortigen Gebiet hinauszuverwerfen, so würde wahrscheinlich kein Mensch in Japan ruhigem Zuspruch zugänglich gewesen sein.

Aber dieses Faktum allein reicht wohl nicht zur Erklärung des Stimmungswandels in Japan aus. Ebenso wichtig sind folgende Nachrichten: erstens, daß neuerdings beträchtliche Truppenzusammenschüßungen Rußlands im Fernen Osten gemeldet werden, zweitens, daß die chinesische Nationalregierung die seit 1929 abgebrochenen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufgenommen hat, und drittens, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Gros ihrer Schlachtflotte im Stillen Ozean konzentrieren.

Was die erste und zweite Meldung betrifft, so scheint man nun in Tokio mit der Möglichkeit eines ernsthaften Konflikts mit Rußland zu rechnen. Damit würde Japan, das bisher lediglich mit einigen festen Sufarenstreifen seine Ziele zu erreichen hoffte, unter Umständen vor die Notwendigkeit eines langwierigen Krieges gestellt werden, eines Krieges gegen China und Sowjetrußland. Der mutige Widerstand der Chinesen in Shanghai hat zweifellos die russische Energie neu belebt. Die militärische Kraft Japans wird nach den Vorgängen um Shanghai geringer eingeschätzt, als das bisher der Fall war.

Noch viel bedeutender aber ist die Konzentration der amerikanischen Schlachtflotte im Stillen Ozean. Natürlich wird von Washington aus versichert, daß es sich dabei nur um manövertchnische Probleme handle. Aber kein Mensch in der ganzen Welt wird solcher Begründung Glauben schenken. Die Vereinigten Staaten haben selbstverständlich ihre gesamte militärische Macht

zu befähigen, für die bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen sich die innere Geschlossenheit zu sichern, ohne die wir den Aufsegegnern hilflos ausgeliefert wären.

Diejenigen Männer und Frauen aus allen Volksschichten, welche sich für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzen und Gegner einer einseitigen Parteilösung der Präsidentenwahl sind, tun dies aus dem bewußten oder unbewußten Gefühl heraus, daß Deutschland weitere revolutionäre Erschütterungen nicht mehr ertragen kann. Sie wollen Reformen, aber nicht Revolution. Sie wollen organische Fortentwicklung vom festen Boden des gegebenen Tatbestands aus. Sie wollen nicht den Sprung ins Dunkle, das Experiment mit lebenswichtigen Gütern des deutschen Staatsvolks. Sie wollen nicht, daß das Reich zu einer Versuchswerkstätte werde, wo praktische unerfahrene Laboranten ihre ersten Versuche im Auseinanderregieren machen könnten. Weil viele Millionen Deutsche in richtiger Erkenntnis der Sachlage und der Gefahren eine solche Entwicklung nicht wollen, deshalb ist es ihr heißer Wunsch, daß die Autorität Hindenburgs dem Reiche erhalten bleibt, solange es möglich ist.

Möchten alle Deutschen in diesen ersten Tagen der Entscheidung sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sein, die sie dieses Mal mit der Abgabe des Stimmzettels auf sich nehmen. Bei der Gesamtlage Deutschlands in innen- und außenpolitischer Hinsicht können alle Erwägungen nur zu dem einen Fazit führen:

„N u n e r s t r e c h t f ü r H i n d e n b u r g.“

zu Wasser zusammengezogen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Und in Tokio wird man sich über den Ernst dieser Maßnahme nicht im Unklaren sein.

Von Bedeutung sind schließlich auch die neuesten Nachrichten, die aus Japan selbst zu uns dringen. Danach haben sich die finanziellen Schwierigkeiten Japans mit jedem Tage verschlimmert. Und in den maßgebenden Kreisen der dortigen Wirtschaft und Industrie sei man der Meinung, daß ein vernünftiger Friedensschluß mit China für die Zukunft lohnender sei, als die Fortführung der jetzigen Aktion.

Während Japan einerseits noch neue Truppen bei Schanghai landen läßt, und auch neue Kämpfe um den Besitz der Wukungforts und Kiangwans entbrannt sind, unterhandelt man andererseits bereits über einen Waffenstillstand, und zwar auf der Grundlage ganz bestimmter japanischer Vorschläge.

Vom Völkerbundsrat ist gestern ebenfalls ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der geeignet sein könnte, den Frieden im Fernen Osten wieder herzustellen. Wie gemeldet wird, hat auch der japanische Vertreter im Völkerbundsrat erklärt, Japan verfolge in Schanghai lediglich die Wahrung seiner Rechte, und die japanische Regierung sei bereit, mit anderen Mächten zusammenzuarbeiten, damit der Friede wieder hergestellt werde, unter der Garantie, daß die Ruhe und Sicherheit in der internationalen Konzeption gewahrt bleibe. Um diesen Zweck zu erreichen, hat Japan eine Round-Table-Konferenz in Schanghai unter Teilnahme der interessierten Großmächte empfohlen. Nach den Vorschlägen des Völkerbundsrats soll die Grundlage dieser Konferenz die Zusage Japans bilden, daß es keine politischen und territorialen Ziele in Schanghai verfolge, daß es kein besonderes japanisches Konzeptionsgebiet in Schanghai anstrebe und auch nicht die Absicht habe, eine besondere Begünstigung der japanischen Interessen in Schanghai durchzuführen.

Die Durchführung des Bahnspeditionsvertrags

Erweiterung des Rollfuhrdienstes

Am 1. März 1932 tritt im ganzen Reich die im Bahnspeditionsvertrag der Reichsbahn vorgesehene Neuordnung des bahnamtlichen Rollfuhrdienstes in Kraft.

Der bahnamtliche Rollfuhrdienst, der bisher nur die Abfuhr der Stücker an den Bestimmungsorten umfaßte, wird auf die An- und Abfuhr der hochwertigen Wagenladungen erstreckt.

Für diesen erweiterten bahnamtlichen Rollfuhrdienst übernimmt die Reichsbahn gegenüber den Versendern und Empfängern die gleiche Haftung, die sie nach der Deutschen Reichsbahnverkehrsordnung trägt. Bei der Anfuhr der Stücker und bei der An- und Abfuhr der Wagenladungen tritt diese Haftung der Reichsbahn neben die Haftung, die dem bahnamtlichen Rollfuhrunternehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen als Spediteur gegenüber seinem Auftraggeber trifft.

Für die eigentlichen Rollfuhrleistungen gelten, soweit nicht örtlich niedrigere Gebühren festgesetzt sind, die im neuen Einheitsgebührenverzeichnis festgelegten Sätze als Höchstätze. Die Gebühren, die eine mit zunehmendem Gewicht fallende Staffel haben, sind künftig für die An- und Abfuhr sowie für Fracht- und Gütergut und außerdem für jede Entfernung innerhalb der Rollbezirke der einzelnen Güterabfertigungen gleich hoch. Für Sendungen von 1 bis 50 Kilo ist ein Höchstsatz von 30 Pf., für Sendungen von 50 bis 100 Kilo ein solcher von 50 Pf. festgesetzt. Der Satz für je 100 Kilo einer 15-Tonnen-Rollleistung auf dem Wagenladungsverkehr beträgt 20 Pf.

Gefängnisstrafen wegen Verletzung eines Zeitungsvertrages. Der Hauptredakteur Eugen Weinhauer, der Schriftleiter Wilhelm Kitzgen und der Buchdruckermeister Müller von der „Kämpfer nationalsozialistischen „Heißigen Volkswacht“ wurden von dem Schnellrichter wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 8. Okt. 1931 zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Verurteilten wurde Bewährungsfrist zugewilligt, bei Weinhauer gegen eine Buße von 150 RM, und bei Kitzgen gegen eine solche von 100 RM. Als die Zeitung vom 16. Februar bis 7. März 1932 verboten worden war, hatten die Schriftleiter die Herausgabe noch für den nächsten Tag vereinbart. Der Buchdruckermeister hatte angeblich in gutem Glauben die Manuskripte entgegengenommen und die Zeitung hergestellt.

Badisches Landes-theater

Der Wildschütz

Unübersehbar groß wird die Zahl derer zwar nicht sein, die sich um das mit Ende der Spielzeit bald anstehende Fach eines ersten lyrischen Baritons bewerben. Denn geeignete Vertreter sind noch immer selten, aber Herbert Hesse vom Duisburger Stadttheater zählt zweifellos zu der schon ernstlicher in Frage kommenden Hälfte. Eines ist uns allerdings bei seinem Gastspiel als Graf von Eberbach in der Vorgänger-Oper nicht ganz klar geworden. Das ist nämlich eine ausgesprochene Spielbaritonpartie, während Carsten Derner, den er ersetzen soll, bisher doch vorwiegend das lyrische Repertoire darzustellen hatte, wie ihm ja auch für die spezielleren Spielrollen in Karlsruhe Löser ein stets geeigneter Kollege zur Seite stand. Denkt man nun in der Tat daran, das eine Fach künftig quasi doppelt zu besetzen und das andere ziemlich leer ausgehen zu lassen? Das wäre immerhin ein Schritt, den man, zumal vor einer Verpflichtung des jetzigen Gastes, nachmals genau überlegen müßte, weil dieser gerade fast ausschließlich nur eine brauchbare Verwendung im Spielfach zu gewährleisten scheint. Dafür bringt Hesse in der Tat gute Notizen, auch ausreichende stimmliche Mittel und den Vorzug deslamatorischer Verständlichkeit mit; in der einzigen größeren Arie (zu Beginn des dritten Aktes) zeigte er freilich deutlich genug, daß seinem Organ jeder lyrische Schmuck fehlt. Undenkbar wäre also z. B. sein Graf Luna im „Troubadour“ oder gar sein Don Juan und ein Graf Alambiva. Jedenfalls ist das ein Punkt, auf den man nachdrücklich hinweisen muß, vor allem, wenn es doch unbedingt darauf ankommt, in unserem stark verminderten Ensemble für jedes Hauptfach wenigstens eine vollwertige Solokraft zu besitzen. Daher empfiehlt sich — wir meinen schon im Interesse des Theaters — dringend, noch ein weiteres Gastspiel, bevor dann auch wir zu einem eventuellen Engagementsabschluß definitiv zu- oder abraten können.

Letzte Nachrichten

Die Unterredungen Tardieus in Genf

Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung

Genf, 1. März. (Priv.-Tel.) Über den Inhalt der gestrigen Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Delegationsführer ist offiziell nichts bekannt geworden. Auch Tardieu lehnte es entschieden ab, eine Mitteilung über die Unterredung zu machen. Das der französischen Gruppe nahestehende „Journal de Genève“ will erfahren haben, daß Tardieu vor allem verfaßt habe, von dem deutschen Delegierten eine konkrete Definition des von Deutschland vertretenen Begriffs der Gleichberechtigung zu erlangen. Vorkämpfer Radolny sei jedoch sehr zurückhaltend gewesen und habe auf alle Fälle seiner Regierung die endgültige Beantwortung der von Tardieu gestellten Fragen vorbehalten.

Danzig und Polen

Kontingentverhandlungen gescheitert

Warschau, 1. März. (Tel.) Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Senats sind die Kontingentverhandlungen zwischen Danzig und Polen gescheitert, da die polnische Delegation, trotz weitgehenden Entgegenkommens Danzigs, unannehmbar hohe Forderungen stellte, die darin gipfelten, daß Danzig jedes Eigenrecht in bezug auf die Danziger Handels- und Industriecontingente aufgeben solle.

Die polnische Delegation hatte weiter erklärt, daß sie im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen weder die Kontrolle einschränken noch aufgeben würde, und daß sie auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigen werde bei der Frage der Warenationalisierung. Nach diesen Erklärungen der polnischen Delegation hatte eine weitere Fortführung der Verhandlungen keinen Zweck mehr und die Danziger Delegation meldete daher die für die Danziger Wirtschaft notwendigen Kontingente an, die Polen nach den Beträgen als verbindlich anzuerkennen hat. Der Senat wird sich nunmehr erneut mit den notwendigen Maßnahmen beschäftigen.

Die Uebersicht über die Abrüstungsvorschläge

Genf, 1. März. (Tel.) Außenminister Benesch hat als Berichterstatter des Hauptauschusses die ihm übertragene Ausarbeitung einer Übersicht über die der Abrüstungskonferenz unterbreiteten Abrüstungsvorschläge fertiggestellt. Diese Übersicht bildet ein umfangreiches Dokument von 45 Seiten, das heute dem Büro der Konferenz unterbreitet und dann den Delegationen zur Beratung übergeben wird.

Sortdauer der Kämpfe um Schanghai Neuer Angriff der Japaner

Schanghai, 1. März. (Tel.) Nachdem gestern die Chinesen das ganze Gelände in Schanghai wieder zurückgewonnen hatten, das am Morgen die Japaner erlitten hatten, wüthete heute nacht in Schanghai einer der größten Brände, der dort bisher geerbt hat. Nachdem bei Einbruch der Dunkelheit das Artilleriefeuer etwas nachgelassen hatte, wurde wieder die ganze Nacht gekämpft. Bald nach Tagesanbruch hörte der Kampf in Schanghai auf.

Um 8.30 Uhr vormittags gingen die japanischen Streitkräfte an der ganzen Schanghai-Front erneut zum Angriff über. Sie drangen allmählich im Bezirk des Song-Few-Parkes in südlicher und westlicher Richtung vor. Die Chinesen leisteten erbitterten Widerstand. Auch an der Kiangwan-Front ist ein Angriff im Gange. Die japanische 11. Division in Stärke von 12.000 Mann ist an der Yangtze-Mündung gelandet worden.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Februar durchschnittlich auf 122,3 gegenüber 124,5 in dem Vormonat.

Auch ein Reichspräsidentenwahlkandidat. „Betriebsanwalt“ Gustav Winter, der Mann der vorgetempelten 1000-M-Scheine, der sich gegenwärtig in der Landesstrafanstalt in Großjena bei Naumburg aufhält, hat sich als Kandidat zur Reichspräsidentenwahl anstellen lassen.

Verwendungsgezwang für Kartoffelstärke. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, wird der Verwendungsgezwang für Kartoffelstärke nach dem Verordnungsgezwang der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Oktober 1931 über den 15. April 1932 verlängert werden.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Boncet, hat sein Abgeordnetenumandat niedergelegt, um sich vollständig der diplomatischen Berufsaufbahn zu widmen.

Das englische Einfuhrzollgesetz ist im Oberhaus angenommen worden, inzwischen vom König unterzeichnet worden und hat damit Gesetzeskraft erlangt.

Der russische Volkstommisssar Litwinow ist am Montag über Berlin nach Moskau zurückgereist, um, wie es heißt, an einer wichtigen Sitzung des Außenkommissariats teilzunehmen.

Die weiße Kohle der Schweiz. Die Vollendung des Elektrizitätswerks von Serns-Niederbach erhöht die in der Schweiz erzeugte Kraft auf 2.530.000 Pferdestärken. Seit 1921 betrug die durch Vollendung neuer Kraftwerke sich ergebende Zunahme durchschnittlich 100.000 Pferdestärken im Jahr. Das in diesen Elektrizitätswerken investierte Kapital erreicht 600 Millionen Franken und die gesamte Energieerzeugung beläuft sich auf 6,5 Milliarden Kilowattstunden. Wenn diese Energiemenge durch moderne Dampfkräftwerke erzeugt werden müßte, so wären 3,5 Millionen Tonnen Kohle dazu nötig, die zu den gegenwärtigen Preisen auf 150 Millionen Schweizerfranken zu stehen kämen.

8,3 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten. Der Präsident der amerikanischen Labour Party, William Green, veranschlagt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten am 1. Februar auf 8,3 Millionen.

„Elektra“ wieder an der Pariser Großen Oper. Die Große Oper in Paris hat Donnerstagsabend „Elektra“ von Richard Strauss, die seit 1914 nicht mehr gespielt worden ist, mit großem Erfolg aufgeführt.

Die Durchführung der Preisüberwachung

Dr. Goerdeler über die Preisüberwachung

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, sprach am Montagabend im Rundfunk über den gegenwärtigen Zustand, die Auswirkungen, Hemmnisse und nach zu lösenden Aufgaben der Preisüberwachung.

Goerdeler ging näher auf die Entwicklung der Preisüberwachung ein und stellte fest, daß auf keinem Gebiete ein Steuerstreik zu einem Erfolge führen könne. Man müsse bedenken, daß die Preisüberwachung zu nichts anderem als zur Erhaltung der Arbeitslosen verwendet würden. Urtache zu weiterer Preissteigerung sei die Erhöhung des Butterpreises. Es bestehe hier aber begründete Hoffnung auf eine rückläufige Preisbewegung. Kritisch setzte sich Dr. Goerdeler auch mit der Brotpreisfrage auseinander. Die Aufgaben des Reichskommissars seien hier begrenzt, und es sei für ihn nicht möglich, die Roggenpreise zu beeinflussen, weil u. a. sonst der Roggenbau überhaupt gefährdet sein würde. Jedoch sei es durch entsprechende Maßnahmen gelungen, Einfluß auf eine vernünftige und ruhige Gestaltung der Roggen- und Roggenmehlpreise zu gewinnen, der zu Entspannungen führen müsse.

Im großen und ganzen sei eine Senkung des Index um 7 bis 9 Prozent erreicht worden und das sei ein Erfolg, wie er seit der Inflation noch niemals in so kurzer Zeit zu verzeichnen war. Die Regelung der Preise bei Markennartikeln war besonderen Schwierigkeiten begegnet. Mit einer weiteren Senkung der Postgebühren könne vorläufig nicht gerechnet werden. Dr. Goerdeler betonte, daß er für die gebundenen Preise weitere Senkungen für notwendig halte. Am Augenblick müßte aber dieser Gesichtspunkt unter der Notwendigkeit zurücktreten, zunächst einmal in der Gesamtwirtschaft eine Beruhigung eintreten zu lassen.

Rückgang der Kraftfahrzeugsteuer

Bisher 11,3 Millionen Defizit

Berlin, 1. März. (Tel.) Die rückläufige Tendenz des Aufkommens aus der Kraftfahrzeugsteuer hält unentwegt an. Im Januar 1932 wurden infolge der starken Außerdienststellung von Kraftfahrzeugen aller Art im Deutschen Reich nur noch 10,8 Millionen Reichsmark an Kraftfahrzeugsteuer vereinnahmt, gegenüber 14,8 Millionen Reichsmark im gleichen Monat des Vorjahres, so daß sich allein im Januar bereits ein Ausfall von 4 Millionen Reichsmark ergibt. Insgesamt beträgt das Defizit aus der Kraftfahrzeugsteuer gegenüber dem im vergangenen Rechnungsjahr 1930/31 bis Ende Januar erreichten Betrag bereits 11,3 Millionen Reichsmark.

Amerikanische Flottenverstärkung im Pazifik

Eine Feste gegen Japan

Das Marineministerium in Washington hat angeordnet, daß die Hauptmacht der amerikanischen Kriegsflotte im Stillen Ozean stationiert wird.

Die Stärke der amerikanischen Flottenkräfte, die sich nach Überführung des Gros der amerikanischen Kriegsflotte nach dem Stillen Ozean dann insgesamt dort befinden werden, beträgt 120 Kriegsschiffe, nämlich 12 Panzerkreuzer, 17 Kreuzer, 33 Unterseeboote, 81 Zerstörer, 3 Flugzeugmuttergeschiffe und 58 Hilfsschiffe. Es wird dann die größte Anzahl von amerikanischen Kriegsschiffen seit 1919 dort versammelt sein.

Offiziell wird diese Maßnahme in Washington damit begründet, daß die Kriegsschiffe der Atlantikflotte an den Manövern im Stillen Ozean teilnehmen sollen, weil eine „blaue Flotte“ versuchen wird, einige Punkte an der Küste des Pazifik zu besetzen, was die „schwarze Flotte“ vereiteln soll.

Hoover an Hindenburg

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat auf die Glückwünsche des Reichspräsidenten zur Feier von Washingtons 200. Geburtstag mit nachstehendem Telegramm geantwortet:

„Euer Erzählen gültiger Beweise der Verehrung von Washingtons Andenken zum 200. Geburtstag des Gründers meines Landes habe ich erhalten. Gern benutze ich diese Gelegenheit, um Euer Erzählen und durch Sie der Reichsregierung und dem deutschen Volk namens der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten sowie in meinem Namen gute Wünsche und Grüße zu senden.“
geg. Herbert Hoover.“

Redakteur Adolf Keller f. Der Vorliegende des Landesverbandes der Presse Württembergs und Hohenzollerns (Württ. Journalisten- und Schriftstellerverein), Redakteur Adolf Keller, ist 66 Jahre alt in Stuttgart einem Herzschlag erlegen. Er war 33 Jahre lang am „Schwäbischen Merkur“ tätig und 28 Jahre hindurch stand er an der Spitze des genannten Vereins. Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Verbandes wurde Keller 1929 von der Technischen Hochschule zum Ehrensenator ernannt. Der Verlust wurde tief empfunden. Sympathien und hoher Wertschätzung in den Kreisen seiner Berufsgenossen.

Der Neu-Diedenhofer Mosellanal. Der neugebaute 27 Kilometer lange Mosellanal von Weh bis Diedenhofen geht seiner Vollendung und Inbetriebsetzung entgegen. Der Kanal, der auf einzelnen Partien als Seitenkanal neben der Mosel läuft, auf anderen Partien das Flussbett selbst reguliert und kanalisiert hat, ist wohl die größte Arbeit, die von Deutschland auf Reparationskonto im französischen Staatsgebiet ausgeführt wurde. Der Kanal soll später, wenn Deutschland seinen Teil des Moselllaufes kanalisieren wird, so erweitert werden, daß Rheinfähne von 1200 Tonnen ihn besetzen können.

Kleine Chronik

In Soudessingen (Oberamt Neulingen) wurde der Stationsvorsteher Reich heute nacht in seinem Dienstzimmer mit Schußwunden tot aufgefunden. Die Kasse soll unversehrt sein. Das Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

In dem Berliner Prozeß gegen die Generaldirektoren der Schultheiß-Baenhofer AG. haben jetzt sämtliche Sachverständigen begründete Gutachten über die Angeklagten, besonders den Hauptangeklagten Rabenkellenboschen abgegeben. Professor Brion bezeichnet die von der Staatsanwaltschaft inkriminierten Geschäfte als in hohem Maße bedenklich und ungewöhnlich. Die Revisionskommission hätte es nicht einmal gewagt, nachzuprüfen, ob ihren „Beanstandungen“ überhaupt Rechnung getragen worden sei.

Im Prozeß wegen des Zusammenbruchs der Evangelischen Zentralbank in Berlin wurde Friedrich Paul Kund wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, Adolf Kund wegen Beihilfe hierzu sowie wegen Betrugs zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Bei einer schweren Grubenexplosion in Bluefield (Westvirginia) sind zahlreiche Bergleute umgekommen. 22 wurden bereits tot geborgen.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 9

Das Blatt erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto
dem Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14, bezogen werden

1. März 1932

Rundschau

Keine neue Gehaltsföhrung — Die Aufgaben des DDB. 1932
— Soziale Arbeitsgemeinschaft — Hessen und Württemberg —

In letzter Zeit sind verschiedentlich Gerüchte über eine neue Gehaltsföhrung aufgetaucht und haben ihren Weg auch in die Presse gefunden. So veröffentlichte der „Dresdener Anzeiger“ (1765 v. 24. Febr. 32) eine Zuschrift des „Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens“, in der es heißt:

Dem Verband ist aus zuverlässiger Quelle bekanntgeworden, daß die Reichsregierung in Fortföhrung ihrer „Deflationspolitik“ für Ende März eine erneute Gehaltsföhrung durch Notverordnung plant, der im Laufe des Sommers noch eine weitere folgen soll.

Der Deutsche Beamtenbund hat sich wegen dieser alarmierenden Nachricht mit dem Herrn Reichsfinanzminister Dietrich in Verbindung gesetzt. Bei dieser Gelegenheit hat der Minister erklärt, diese vom Landesverband der höheren Beamten Sachsens verbreitete Behauptung sei unwahr. Dazu wird noch bemerkt, es habe der Vizelandesrat und Reichsfinanzminister die Erklärung, daß eine erneute Gehaltsföhrung nicht geplant sei, in besonders drastischer Weise noch unterstrichen. Der „Beamtenbund“ bringt dies zur Kenntnis mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß, nachdem diese Erklärung mit so großer Bestimmtheit und Entschiedenheit abgegeben sei, keine Veranlassung bestehe, Zweifel in sie zu setzen, zumal auch die Reichsregierung selbst Interesse daran haben müsse, endlich einmal durch eine unzweideutige Stellungnahme diesen Gerüchten ein Ende zu machen.

Programmatifche Ausführungen über die Aufgaben des Deutschen Beamtenbundes 1932 machte dessen Vorsitzender in der ersten Sitzung des Geschäftsföhrernden Vorstandes am 4. Februar d. J. Von dem Standpunkt Beamtenpolitik ist Staatspolitik wie Volksnot Beamtennot ist, ausgehend, verbreitete er sich zunächst über die Wirtschaftskrise, in der sich das deutsche Volk und damit die deutsche Beamtenschaft befindet und die sich in dem geringen Beschäftigungsgrad, dem Rückgang des Arbeitseinkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten und dem Sinken der Indeziffer wichtiger Industriezweige ausdrückt. Letzte und tiefste Ursache dieser Krise sind die Reparationen. Sie sind aber nicht bestimmt worden von wirtschaftlichen Überlegungen, sondern diktiert von politischem Haß, von dem Willen, Rache zu nehmen an einem starken Gegner, an einem Gegner, den man auch noch fürchtet, als er schon überwunden war. Den Geist der Erkenntnis, daß Deutschland und die Welt nur wieder gefunden könne, wenn die Reparationszahlungen beseitigt werden, atmen auch die Völler Sachverständigen-Gutachten, diesen Geist haben auch viele Kreise außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes erfaßt. Amerika überlege zwar noch, ob es Europa etwas schenken soll, wenn dieses die erparten Summen unwirtschaftlich in Nützlichungen anlegt, die unter Umständen auch für Amerika eine Kriegsgefahr bedeuten. So sei die Reparationsfrage eng verknüpft mit der Frage der Abrüstung, erfreulich daher das starke und unzweideutige „Nein“ der deutschen Regierung gegenüber weiteren Forderungen. Darum auch die Parole des Deutschen Beamtenbundes: Weg mit den Reparationen!

Die fortschreitende Wirtschaftskrise bringe auch eine staatspolitische Gefahr, denn sie treibe dem Radikalismus immer neue Scharen zu. Verrohung des politischen Kampfes sei die Folge. Aus dem Kampf der Geister ist ein Kampf der Schlagringe, der Knüppel und Pistolen geworden. Mitglieder des DDB könnten diese Art des Kampfes nicht billigen oder gar mitmachen; zu unterstützen wären alle die Kräfte, die ein Hort der Ordnung, Gesetzmäßigkeit und der wahren Freiheit sein wollen.

Was geschehen ist, um die deutsche Not noch zu verschärfen, ist zum Teil auch eigene Schuld, eine Folge planloser Wirtschaft. Deshalb ergibt sich für den Deutschen Beamtenbund als Aufgabe für 1932, mitzuarbeiten an planvoller Gestaltung der deutschen Wirtschaft. Die Opfer, die dabei von der Beamtenschaft verlangt wurden, sind bekannt; bei der Gelegenheit der Notverordnungen hat die ministerielle Bürokratie auch Bedingungspläne durchgebracht, die auf dem Weg normaler Gesetzgebung nicht zu gestalten waren; nebenher gingen verschiedene Rechtsverletzungen, die es nach und nach zu beseitigen gilt. Auch muß daran gedacht werden, die Menschen, die der DDB vertritt, auch wirtschaftlich zu ihrem Recht kommen zu lassen, sowie eine gesicherte Rechtsgrundlage für die Beföhrung und deren Einheitlichkeit in deutschen Landen wieder zu gewinnen.

Der Beamtenpolitik sind Grenzen gesetzt. Den Forderungen der Beamten steht entgegen die Finanznot der öffentlichen Verwaltung; drum ist dafür zu sorgen, daß diesen die Mittel zufließen, die sie brauchen. Auch die Einstellung weiterer Volkswirtschaften richtet sich gegen die Beamten. Deshalb muß die Aufklärungsarbeit über die wahre Lage der Beamtenschaft fortgesetzt und gezeigt werden, daß die gesicherte Position der Beamten längst weitgehend durchlöchert ist. In mächchenhafter Ferne ist die Zeit, wo der Beamte das Vierteljahresgehalt vorausbezahlt erhielt, jetzt sind Teilzahlungen von Monatsbeträgen notwendig geworden, und in manchen Ländern geht man zur nachträglichen Zahlung auf Monatschluß über. Notwendig ist es, auch den Arbeitern und Angestellten eine bessere Einsicht in das Wesen und die Lage des Beamtenbundes zu vermitteln. Die größte und wichtigste Aufgabe aber ist, den rechten Ausgleich zu finden zwischen den Lebensinteressen des Volkes und des Staates und den Lebensinteressen des deutschen Berufsbeamtentums.

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenverbände hielt am 23. Februar eine sehr gut besuchte Funktionärsversammlung in Berlin ab. Neben dem einmütig befundenen Willen, jedem Versuch weiterer Gehaltsföhrungen entgegenzuwirken, beschloß sie die Tagung mit der Preisverteilung, die nicht annähernd den Ausgleich für die eingetretene Gehaltsföhrung gebracht habe. Die Preisverteilungen würden sich, soweit sie fühlbar werden, für die unteren Beamtengruppen bedeutend weniger auswirken als für die oberen Beamtenschichten. Auch die Arbeitslosigkeit von erwachsenen Kindern wirkte sie in bezug auf den Lebensunterhalt für den Beamten des unteren und mittleren Dienstes relativ stärker aus als für jenen des höheren Dienstes, weil die Beamten des höheren Dienstes nicht nur im allgemeinen weniger Kinder haben, son-

bern auch weil zum Unterhalt eines erwerbslosen Kindes der gering besoldete Beamte einen größeren Teil seines Gehalts aufzuwenden hat als der höhere Beamte.

Eine Unterredung, die der Chefredakteur des „Darmstädter Tageblatts“ mit dem hessischen Finanzminister dieser Tage gehabt hat, zeitigte, was die Unterhaltung über Beamtenverhältnisse betraf, die Feststellung, es seien bis zum letzten Jahr in Hessen 2700 Beamtenstellen abgebaut worden und es würden auch im neuen Voranschlag eine größere Anzahl Stellen wegfallen; dieser Abbau mache auch bei den Zentralbehörden nicht Halt und habe zum Teil ein Maß erreicht, das die Geschäftsföhrung der Ministerien schon fast gefährde. Die Regelung der Besoldungsbezüge, der Ansehgehälter und Hinterbliebenenversorgung erfolge in Hessen nach den Vorschriften der Reichsgesetzgebung. Es erscheine dem Finanzminister nicht angängig zu sein, die hessischen Beamten schlechter zu stellen als die Beamten des Reichs, der übrigen Länder und der Gemeinden; dies würde ohne Zweifel das Ansehen und die Leistungskraft der hessischen Verwaltung herabdrücken.

Bei einer politischen Aussprache im Württembergischen Landtag kam Staatspräsident Dr. Holz auf die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Beamtenschaft zu sprechen. Dabei führte er nach dem Bericht des „Staatsanzeigers für Württemberg“ u. a. aus: Der Beamteneid verpflichte den Beamten dem Staat gegenüber zur gleichen Verfassungstreue und zur gleichen Pflicht- und Amtstreue wie in der Vorkriegszeit. Ein Unterschied gegenüber früher bestehe in folgendem: In der Vorkriegszeit hatten wir ruhige politische und wirtschaftliche Verhältnisse und heute haben wir den leidenschaftlichen Kampf aller Parteien, den leidenschaftlichen Kampf in den Versammlungen, den leidenschaftlichen Kampf in der Presse. Daß sich diese leidenschaftliche Anteilnahme auch auf die Beamten überträgt, kann man nicht hindern. Und das macht das Verhältnis so schwierig: Man regieren, wer will, er wird immer vor diesen Schwierigkeiten stehen. Die württembergische Regierung hat sich immer auf dem Standpunkt gestellt, daß sie keinen Beamten duldet, der sich gegen die Verfassung stellt, und daß sie sich auch Beschimpfung der Regierung und ihrer Maßnahmen von Seiten der Beamten nicht gefallen lasse. Nur mit Leidenschaft und leidenschaftlichen Kampfeinstellungen finden wir den Weg aus der Not nicht, der Verstand und die Besonnenheit müssen den Regierenden den Weg zeigen, den wir gehen sollen. „Unsere Aufgabe als württembergische Regierung besteht darin, daß wir trotz der Schärfe des Kampfes die Besonnenheit nicht verlieren, sondern daß wir bewußt und gemißt mit jedem vernünftigen Menschen zusammenarbeiten, um den Weg aus diesem Elend herauszufinden.“

Die Unterbringung der Versorgungsanwärter in der Sozialversicherung

Seit Jahren bildet die Unterbringung der Versorgungsanwärter eine ernste Sorge der Verwaltungsstellen, namentlich auch bei den sozialen Behörden (Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw.). Vielfach herrscht die Auffassung, als ob die sozialen Behörden sich gegen die Übernahme von Versorgungsanwärtern sträubten. Tatsächlich liegt der Grund für die Verlangsamung der Unterbringung hier in dem Umstand, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse schon seit längerer Zeit von den Trägern der Sozialversicherung äußerster Sparsamkeit verlangen und keinen Raum für die Einstellung weiterer Kräfte lassen. Zahlreiche Statistiken der letzten Jahre beweisen, daß die Zahl der bei den Krankenkassen tätigen Beamten und Angestellten ständig sinkt. Ungezählte sachlich ermittelte und geprüfte Kräfte warten schon seit Jahren auf Unterbringung und Anstellung. Indessen geht der Schrumpfungsprozeß auch in der Sozialversicherung immer weiter, und zwar besonders durch die harten Eingriffe der letzten Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Die für das Jahr 1932 bei den Krankenkassen aufgestellten Voranschläge weisen einen Einnahmerückgang bis zu 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Unmittelbare Folge hiervon wird abermals Entlassung von Beamten und Angestellten sein, die das Heer der Arbeitslosen vergrößern helfen. Den reichsgeföhrlichen Krankenkassen ist es aus diesen Gründen in den nächsten Jahren nicht möglich, Versorgungsanwärter einzustellen, da zunächst die sachlich vorgebildeten und stellungswürdigen Kollegen wieder untergebracht werden müssen. Die Verlängerung der Sperrfrist über die Einstellung von Versorgungsanwärtern bei Krankenkassen ufm. ist deswegen auch über den 1. April 1932 hinaus dringend geboten.

Zur Milderung der Junglehrer-Not

Die Schulverwaltung und Lehrerverbände in Berlin haben sich in einem Aufruf an die älteren Volksschullehrer gemandt, um sie zu bewegen, sich zugunsten des stellungswürdigen Nachwuchses freiwillig pensionieren zu lassen. Dieser Appell an die Solidarität der Berufskollegen hat einen sehr großen Erfolg gehabt. Allein in Berlin reichten ungefähr 400 ältere Lehrer ihr Gesuch um Pensionierung ein, das waren rund 100 mehr als der Schöpfung der Schulverwaltung entsprach. Von den zum 1. Oktober entlassenen 500 Junglehrern konnten daraufhin wieder 60 in den Schuldienst eingestellt werden.

Neue griechische Besoldungsordnung

Nach Angaben der griechischen Tageszeitung „Patrie“ werden künftig bei den griechischen Gehältern alle bisher gezahlten Zulagen wegfallen, außer den Zulagen für Feiertags- und Nachdienst. Alle Beamte, die zwei Jahre in derselben Besoldungsklasse Dienst getan haben und die aus Mangel an einer freien Stelle nicht in eine höhere Klasse aufsteigen können, erhalten künftig 50 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen den beiden Besoldungsklassen ausgezahlt. Nur ein Beamter vier Jahre in ein und derselben Besoldungsklasse verharren, so erhält er persönlich nach Ablauf dieser Zeit das Gehalt der nächsthöheren Besoldungsklasse. Der zustehende Urlaub beträgt im allgemeinen jährlich 30 Tage. An Krankheitsurlaub wird im Höchstfalle bei vollem Gehalt eine Zeit von 12 Monaten gewährt. In schweren Fällen kann hier eine besondere Krankenbeihilfe bis zum Betrage von zwei Monatsgehältern gezahlt werden. Übersteigt die Lebensführung eines Beamten das gewöhnliche Maß, das nach seinem Dienstverdienst von ihm innegehalten werden müße, so kann die vorgesetzte Behörde eine Unterjuchung darüber einleiten, aus welcher Quelle der betreffende Beamte noch Einkünfte bezieht.

Änderung der Rente für kriegsbeschädigte Beamte

Gerabekung der Anrechnungsgrenze

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Änderung der Einkommensgrenze von § 62 des Reichsversorgungsgesetzes haben die Vorschriften über die Anrechnung von Einkommen aus öffentlichen Mitteln eine wesentliche Änderung erfahren, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1932.

Der § 62 (Abs. 1—3) des Reichsversorgungsgesetzes hat nunmehr folgenden Wortlaut:

(1) Hat ein Versorgungsberechtigter neben den Versorgungsgebrühen ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln, so ruhen die Versorgungsgebrühen in Höhe der Hälfte des Betrages, um den dieses Einkommen 170 M monatlich übersteigt. Wird für eine Waise ein Kinderzuschlag (Kinderbeihilfe) gewährt, so rechnet er zum Waiengehalt.

(2) Den Schwerbeschädigten (§ 29 Abs. 1) bleiben jedoch mindestens vier Zehntel ihrer Versorgungsgebrühen, wenn das monatliche Einkommen die Einkommensgrenze (Abs. 1) um nicht mehr als 380 M übersteigt; übersteigt es diesen Betrag, so bleiben ihnen drei Zehntel ihrer Versorgungsgebrühen. Den übrigen Versorgungsberechtigten bleiben mindestens drei Zehntel der nach §§ 27, 28, 37 bis 50 und 51 zu gewährenden Gebrühen.

(3) Übersteigt das monatliche Einkommen eines Schwerbeschädigten den Betrag von 530 M (Abs. 2 Satz 1), bleibt es aber einschließlich der nicht ruhenden Rententeile hinter dem Betrage zurück, der sich unter Zugrundelegung eines monatlichen Einkommens von 530 M ergeben würde, so wird der Ansetzbetrag um diesen Unterschiedsbetrag ermäßigt.

Hessen hat den größten Andrang zum Hochschulstudium

Der Andrang zu den Hochschulen nimmt ständig zu. Allein im vergangenen Sommer studierten in Deutschland 10 000 Studenten mehr als im vorhergehenden Halbjahr. Auf 100 000 Einwohner entfallen nunmehr durchschnittlich 195 Studierende. Diese Durchschnittsziffer wird am stärksten überschritten im Freistaat Hessen, da auf je 100 000 Einwohner nicht weniger als 266 Studierende Hessen kommen. Am geringsten ist der Anteil der Studenten in Oldenburg und in Schaumburg-Lippe mit nur 148 bzw. 109 Studenten je 100 000 Einwohner.

Herren und Knechte der Wirtschaft von Wilhelm v. Kries, Verlag Deutsche Rundschau, Berlin W. 30. — Es ist nicht ein Buch, das ein geschlossenes System entwickelt, was der Verfasser in seinem Vorwort selbst zugibt. Er will, wie er sagt, vor allem „den Nichtigkeit aus materialistischer Verstrickung in menschliche und innerliche Freiheit weisen und dem Deutschen eine deutsche Anschauung der Wirtschaft zeigen“. Das Buch sei nur ein Wegweiser, der nicht mit dem Weg zu verwechseln sei. Das ist bescheiden und doch wieder nicht bescheiden. Inwieweit es dem Verfasser gelungen ist, Wegweiser zu sein, das mag der Leser dieses hochinteressanten und trotz aller Schwierigkeit des Stoffes leicht lesbaren Wertes selbst beurteilen. Das ist sicher, daß es jeden zum Nachdenken bringt und ihm Anregungen in reichster Fülle bietet, mag der Verfasser nun zum Widerspruch herausfordern oder mag man an anderen Stellen mit den klugen hochaktuellen Ausführungen gerne mitgehen. Wenn er als Objekt der Wirtschaft den Menschen und nicht die Ware bezeichnet, so werden wir ihm gerne zustimmen, und wenn v. Kries auf die Gefahren der Mechanisierung der Wirtschaft und des Staats hinweist, so kommt er auf das große menschliche und deutsche Problem unserer Zeit zu sprechen. Man lese nach, was er hierüber zu sagen hat. Sel.

Guled-Schuhbesohlung

ist dauerhaft u. wasserdicht!

Guled-Damensohlen 1,50
Guled-Herrensohlen 2,—
genäht, genagelt, geklebt

Zur Selbstbesohlung pro Paar von „50 RM. an
Hebelstraße 15



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 2. März 1932

*A 20 (Mittwochnacht), 1. Hälfte
Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte
Neu einstudiert

Wallenstein

Von Schiller

Wallensteins Tod

Regie: Dr. Waag

Mittwochenabend:

Bertram, Ernsth, Frauen-
dorfer, Seiling, Baumbach,
Brand, Dahlen, Ernst,
Gemmede, Herz, Hiel,
Höder, Henschel, Meeble,
Kühne, Luther, Rehner,
R. Müller, Prüter, Schulze,
v. d. Xrenck, Grimm,
Mateo, Seibert

Anfang 19 $\frac{1}{2}$, Ende 22 $\frac{1}{2}$,
Preise B 0,70—4,20 RM)

Do. 3. 3. Wallensteins Tod,
Fr. 4. 3. Wallensteins Ra-
ger — Die Piccolomini.

Sa. 5. 3. Der Freischütz,
So. 6. 3. Nachmittags: Der
Rosenkavalier. Abends:
Das Herz. Im Konzert-
haus: Zumeritenmal: Zur
goldenen Liebe.

Karlsruhe. 9.782
Güterrechtsregisterinträge.

1. Zu Band II, Seite 228:
Dr. Winnewisser, Georg K.,
Kaufmann, Karlsruhe und
Jena geb. Fischer. Vertrag
vom 21. Januar 1932. Gü-
tertrennung. 22. II. 32.

2. Seite 229: Jogle Hein-
rich, Fabrikarbeiter, Karlsru-
he-Königsheim und Paula
geb. Schleifer. Vertrag
vom 24. Januar 1932. Gü-
tertrennung. 27. II. 32.
Amtsgericht Karlsruhe.

Schwöningen. 9.842
Güterrechtsregisterinträge

Band III, Seite 10: Geschwilt
Johann Philipp, Händler in
Brühl u. Anna geb. Bürger.
Vertrag vom 24. Februar
1932. Gütertrennung.

Seite 11: Eick Michael,
Arbeiter in Pfaffstadt und
Eilke geb. Kaufg. Vertrag
vom 24. Februar 1932.
Gütertrennung.

Schwöningen, 26. II. 1932,
Bad. Amtsgericht I.